



Änderungsantrag

Fraktionen CDU und SPD

Initiativen zur Aufhebung des so genannten Kooperationsverbots in Bildung und Wissenschaft unterstützen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/808**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird gebeten, die grundsätzliche Zielrichtung der Initiativen im Bundesrat zu unterstützen, die darauf gerichtet ist, die Kooperationsmöglichkeiten von Bund und Ländern in den Bereichen Bildung und Wissenschaft zu erweitern und die durch die Föderalismusreform herbeigeführten Einschränkungen zu überwinden.
2. Darüber hinaus wird die Landesregierung gebeten, nach einer Entscheidung im Bundesrat in dieser Angelegenheit über den Verlauf und die Ergebnisse der Beratungen in den Ausschüssen für Bildung und Kultur sowie für Wissenschaft und Wirtschaft zeitnah zu berichten.

Begründung

Die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg haben im Rahmen der Bundesratssitzung am 10. Februar 2012 Anträge für Entschlüsse zum Bildungsföderalismus eingebracht. Beide Anträge sind in die Ausschüsse überwiesen worden.

Bereits im Dezember 2010 hatte der Landtag die Landesregierung aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine Verbesserung der Kooperationsmöglichkeiten in der Bildungspolitik einzusetzen.

Die Beratung beider Entschlüsse im Bundesrat bietet dafür die geeignete Plattform.

André Schröder
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde
Fraktionsvorsitzende SPD

(Ausgegeben am 22.02.2012)